

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 75 (2000)
Heft: 10

Rubrik: Aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Linke Zwängerei mit sicherheitspolitischem Ladenhüter

Abstimmung über Umverteilungsinitiative am 26. November

Am kommenden 26. November hat das Schweizer Stimmvolk über die «Umverteilungsinitiative», die von Armeegegnern lanciert und von der Bundesratspartei SPS unterstützt wird, zu befinden. Sie will die Ausgaben der Schweizer Landesverteidigung halbieren. Die Unterstützung der radikalen Initiative durch Hilfswerke und der Missbrauch von Bundesmitteln der DEZA durch die Initianten haben im Vorfeld des Abstimmungskampfes zur reden gegeben.

Armeekritische Volksinitiativen haben in der Schweiz eine Tradition, die nicht mehr als konstruktive Mitarbeit an der Bundes-

Hptm Andreas Richner, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee, Kdt Btttr ob bl I/2, Zürich

verfassung betrachtet werden kann, sondern schlicht sicherheitspolitische Zwängerei ist. 1989 sind die realitätsfernen Armeegegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne deutlich gescheitert (64,6 Prozent stimmten Nein). Seither versuchen sie, unserer Landesverteidigung die Mittel und Möglichkeiten in Raten zu entziehen.

1993 verwarfen die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ein Ausbaubeschluss der Schweizer Waffenplätze und lehnten den Sabotageversuch an einer modernen Luftverteidigung (F/A-18-Initiative) nach einer in der neueren Schweizer Geschichte beispiellosen Mobilisierung der verantwortungsbewussten Kräfte der Miliz deutlich ab. Davon unbeeindruckt brachten Sozialdemokratie und armeefeindliche Kreise zwei weitere Volksinitiativen zur Abstimmung (Waffenausfuhrverbotsinitiative und Halbierungsinitiative). Die Halbierungsinitiative wurde vom Parlament für ungültig erklärt, die Waffenausfuhrverbotsinitiative vom Volk 1997 deutlich mit 77,5 % Nein-Stimmen verworfen.

Dass das Schweizer Volk bereits am 26. November 2000 erneut über die Existenz unserer Armee befinden muss, verdanken wir der von SPS und der Friedensbewegung neu lancierten «Umverteilungsinitiative» (Eidgenössische Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze»). Diese ist nichts anderes als die Neuauflage der sicherheitspolitisch längst überholten, vom Par-

lament für ungültig erklärten Halbierungsinitiative.

Was will die Umverteilungsinitiative?

Die Umverteilungsinitiative will eine willkürlich nominale Beschränkung der Ausgaben für die Landesverteidigung in der Bundesverfassung festlegen. Vorgesehen ist eine Halbierung der Ausgaben im Zeitraum von maximal 10 Jahren. Die Rechnung aus dem Jahre 1987 soll dabei als Berechnungsgrundlage dienen, die reduzierten Beträge zu einem Drittel (jährlich ca. 600 Mio. CHF) in die internationale Friedenspolitik fliessen. Über die Verwendung der zwei anderen Drittel soll das Parlament entscheiden können. Es wird also kein einziger Franken eingespart! Eine einmalige Investition von einer Milliarde Franken (der so genannte Konversionsfonds) soll helfen, die abzuschaftenden militärabhängigen Arbeitsplätze in zivile umzuwandeln.

Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben die Initiative klar abgelehnt.

Unsinnige Verankerung der Militärausgaben in der Verfassung

Eine verfassungsmässige Beschränkung unserer sicherheitspolitischen Handlungsfreiheit ist nicht nur unsinnig, sondern verantwortungslos und gefährlich. Wir können Aufgabenbereiche des Staates nicht in der Verfassung über eine fixe Ausgabenlimite einschränken, ohne dass dabei die nötige Flexibilität zur Erfüllung der Aufgabe verloren geht. Die Initiative will der Schweiz die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit entreissen.

Die Landesverteidigung muss auch in Zukunft flexibel reagieren können, wie sie das nach der sicherheitspolitischen Wende von 1989 mit einer deutlichen Senkung der Ausgaben und einer ersten Armee reform demonstriert hat. Niemand weiss jedoch, welche Mittel der Staat in absehbarer Zukunft für die Bewältigung von neuen Problemen benötigen wird. Eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit wird sich bestimmt nicht an unsere Verfassung halten.

VBS hat seinen Sparbetrag schon geleistet

Dem Militärbudget kann weder in einer längerfristigen noch in einer kurzfristigen Betrachtung eine Schuld an den defizitären Zuständen im Bundeshaushalt nachgewiesen werden. Im Gegenteil: Seit Jahren ist die Landesverteidigung im Bundesetat der

einzigste Bereich, in welchem die Ausgaben rückläufig sind – notabene bei der Kernaufgabe des Bundes: seiner Sicherheit. Insgesamt wurde das Budget des VBS in den letzten Jahren um 9 Milliarden Franken gekürzt. Der Anteil der Landesverteidigung an den Bundesaussgaben ist von 34,7 Prozent im Jahre 1960 auf 10,4 Prozent bis 2002 gesunken. So verdankt der Bundeshaushalt das wiederhergestellte Gleichgewicht hauptsächlich den beträchtlichen Sparleistungen der Landesverteidigung. Die Umverteilung der Mittel von der Landesverteidigung in den explosiv wachsenden Sozialbereich hat bereits stattgefunden.

Mit anderen Worten: Die Friedensdividende ist längst erbracht worden; weitere Kürzungen gehen zu Lasten unserer Sicherheit.

Instabiler Friede nach 1989

Die Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer ist verfliegen. Wer hätte gedacht, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts der Krieg wieder auf unseren Kontinent zurückkehren würde, dass kriegerische Auseinandersetzungen keine zwei Flugstunden von uns weg stattfinden könnten? Der Krisenherd im Balkan liegt näher als die

Initiativtext:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 23 (neu)

¹Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

²Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.

³Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).

⁴Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Bedrohungen zu Zeiten des Kalten Krieges, näher als unsere Ferienzeile. Wohl gemerkt: Heute ist keine klassische militärische Bedrohung für die Schweiz erkennbar. Doch Risiken sind heute anders gelagert – sie sind nicht verschwunden. Wer kann voraussagen, welche Regierungen und Konflikte in zehn Jahren unsere Sicherheit bestimmen, wenn die Forderungen der Umverteilungsinitiative umgesetzt sein sollen? Und wer soll die Verantwortung übernehmen, wenn wir dann zumal einer neuen Bedrohung nur ungenügend begegnen können?

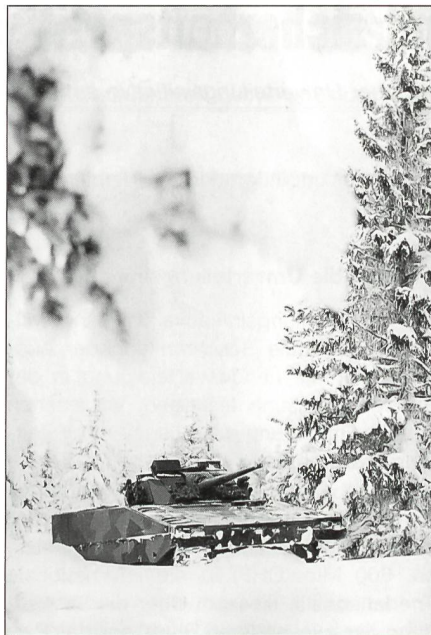
Die Umverteilungsinitiative liesse unsere Armee in unverantwortbarem Mass verkümmern und würde die Schweiz zur unwürdigen sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerin in Europa degradieren. Unsere Glaubwürdigkeit würde dadurch weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus untergraben. Als selbstbewusstes Nichtmitglied der NATO will und muss die Schweiz so weit wie möglich selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so wird sie in einer möglichen Konfliktsituation auf Verbündete zählen können. Sicherheit ist nicht gratis zu haben!

Überzeugendes Sicherheitskonzept Armee XXI

Der sicherheitspolitische Bericht des Bundesrates, der letztes Jahr erschienen ist, zieht – im Gegensatz zu den strategisch und ideologisch überholten Vorstellungen der Armeeabschaffer – die nötigen Konsequenzen aus den jüngsten Veränderungen in Europa sowie aus den wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen der Schweiz. Der Bericht bildet so die solide Basis für die Planung der Armee XXI. Der Armee mitten in diesem entscheidenden Anpassungsprozess die Mittel langfristig zu verwehren, würde die dringend notwendige Reform verunmöglichen.

Es ist bereits abzusehen, dass die Armee XXI kleiner, aber schlagkräftiger werden soll. Diese Planung korrespondiert mit der Entwicklung im Ausland. Die Bestände der Armeen werden reduziert, die Ausrüstung hingegen kontinuierlich mit viel Aufwand modernisiert. Eine verkleinerte moderne Schweizer Armee mit Zeit- und Profisoldaten wird uns kaum billiger zu stehen kommen, denn Umstrukturierung, Professionalisierung und modernste Technologie erfordern hohe Investitionen – und der aufwändigste und nicht delegierbare Auftrag der Armee bleibt die Raumsicherung und Verteidigung.

Im internationalen Vergleich bewegen sich die Schweizer Wehranstrengungen auf tiefem Niveau. Während wir den Sparkurs eingelegt haben, lässt sich seit dem Rückgang im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion Ende der 90er-Jahre bei den westeuropäischen Militärbudgets bereits wieder ein reales Wachstum fest-



Damit die Armee ihren Auftrag erfüllen kann, bleibt sie auf moderne Ausrüstung angewiesen. (Bild: Der neue Schützenpanzer CV9030)

stellen. 1999 stiegen die realen Verteidigungsausgaben weltweit um 2,1 Prozent.

Berufsarmee ist keine Alternative

Eine drastische Kürzung der Mittel für die Landesverteidigung im Sinne der Umverteilungsinitiative lässt die Reform Armee XXI vorzeitig scheitern. Für einmal konsequent fordern die Initianten denn auch die Abschaffung der Wehrpflicht und eine kleine Berufsarmee von 15 000 jugendlichen Freiwilligen.

Abgesehen davon, dass die Rekrutierung von 15 000 Berufssoldaten – um wen sollte es sich denn dabei angesichts der hohen Anforderungen und einer nahezu erreichten Vollbeschäftigung handeln? – in der Schweiz auf grösste Schwierigkeiten stossen würde, könnte diese Miniarmee den verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen. Eine Berufsarmee würde nur unter dem Dach einer NATO-Mitgliedschaft Sinn machen – eine Lösung, die im Volk nicht den geringsten Rückhalt hat. Die vollständige Abschaffung der schweizerischen Landesverteidigung wäre der nächste logische Schritt, den die hinter der Umverteilungsinitiative stehenden Initianten denn auch eigentlich anstreben.

Friedenspolitik wird längst betrieben

Die Umverteilungsinitiative spricht von Friedenspolitik. Dabei betreibt die Schweiz bereits seit langem praktische Friedenspolitik. Freiwillig leisten heute schon Schweizerinnen und Schweizer einen hochwillkommenen und geschätzten Beitrag auf den internationalen «Baustellen des Friedens». Zu nennen sind an dieser Stelle beispielsweise die Operation SWISSCOY (Einsatz einer unbewaffneten Kompanie im Rahmen der KFOR, unter UNO-Mandat), die sogenannten Gelbmützen, welche für die OSZE in Bosnien-Herzegowina ihre Dienste leisten, aber auch die Militärbeobachter, die für die UNO im Mittleren Osten, in Georgien, in Ex-Jugoslawien und in Nord- und Südkorea im Einsatz stehen.

Unsere Armeeangehörigen zeigen dort, dass die Zusammenarbeit mit zivilen Friedensorganisationen sehr gut funktioniert. Vor allem zeigt sich aber immer wieder,



Im Schweizer Camp Suva Reka im Kosovo

dass in Krisen- und Kriegsgebieten die zivilen Organisationen ohne militärische Unterstützung gar nicht arbeiten können.

Mehr als 6000 Arbeitsplätze gefährdet – die Schweizer Wehrindustrie vor dem Aus

Eine Halbierung der Militärausgaben hätte zweifellos einschneidende wirtschaftliche Folgen. Der Bundesrat rechnet bei einer Annahme der Initiative mit dem Verlust von mindestens 6000 Arbeitsplätzen in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Davon am stärksten betroffen wären einmal mehr die Randregionen.

Die Initianten sagen für den Fall eines Erfolges ihrerseits sogar noch einen drastischeren Rückgang der heutigen militärahängigen Arbeitsplätze voraus – mehr als 12000 insgesamt. In deren Perspektive gibt es keine Zukunft für eine Schweizer Wehrindustrie!

Die Armegegner wollen gemäss Initiant Peter Hug diese hochqualifizierten Stellen nach Abschaffung der Wehrpflicht mit 13500 unqualifizierten jugendlichen Berufssoldaten – verharmlosend als Zeitsoldaten bezeichnet – ersetzt sehen. Sie




Mit der Umverteilungsinitiative wird ein neuer Versuch unternommen, die Schweizer Wehrindustrie zu eliminieren. (Bild: Kampfwertersteigerung von M 109-Panzerhaubitzen bei der SW in Thun)

behaupten schamlos, die Umverteilungsinitiative sei somit praktisch beschäftigungsneutral.

Neben der direkt betroffenen wehrtechnischen Industrie wären auch zivil ausgerichtete Industrie- und Gewerbebezweige von der Umverteilungsinitiative stark betroffen. Zum einen waren in den letzten zehn Jahren durchschnittlich knapp eine Milliarde Franken des Rüstungsbudgets

direkt inlandwirksam. Dazu kamen bei grösseren Rüstungsprojekten (Kampfpanzer Leopard, F/A-18 u.a.) Kompensationsgeschäfte im Betrag von mehreren Milliarden Franken.

Der Vorschlag der Initianten eines einmaligen Konversionsfonds ist aufgrund der im In- und Ausland gemachten Erfahrung illusorisch und deren Sorge um die Arbeitsplätze heuchlerisch. 

Mit gutem Material und gemeinsamem Einsatz lässt sich manches erreichen. Ziel erkannt?



**Teamwork im Dienst des Kunden.
Seit 75 Jahren.**